

Wien, am Dienstag, den 12. Jänner 1926. Zweite Ausgabe

Die Befragung der Schüler über die Erfüllung religiöser Pflichten. Das Bundesministerium für Unterricht hat mit Erlass vom 23. Dezember 1925 verfügt, dass eine Befragung der Schüler über die Erfüllung religiöser Pflichten an sich noch keinen Zwang zur Teilnahme an religiösen Übungen darstellt und dass demnach die Religionslehrer auch im Sinne des Erlasses des deutschösterreichischen Unterstaatssekretärs für Unterricht vom 10. April 1919, berechtigt erscheinen, Fragen der vorgedachten Art, wenn dabei irgend welche Straffolgen weder verhängt noch angestrebt werden, an ihre Schüler zu stellen. In Ausübung des dem Stadtschulrat als oberster Schulaufsichtsbehörde des Landes Wien gemäss Paragraph 46, Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Dezember 1904, Landesgesetz- und Verordnungsblatt für Niederösterreich, Nummer 97, zustehenden staatlichen Aufsichtsrechtes über den Religionsunterricht wird zur Durchführung dieses Erlasses folgendes angeordnet:

Sollten Religionslehrer des hiesigen Verwaltungsbereiches von diesem Rechte Gebrauch machen wollen, so werden sie strengstens darauf zu achten haben, dass die in dem zitierten Erlass angeordnete Ausschaltung jeglichen Zwanges zur Teilnahme an religiösen Übungen wirksam gewährleistet werde.

Zu diesem Zweck werden sie bei ihrer Fragestellung mit grösster Behutsamkeit vorzugehen haben. Jeder einzelne Schüler muss subjektiv die Gewissheit haben, dass er für sein Verhalten zu solchen Fragen keinerlei Straffolgen-im allerweitesten Sinne des Wortes-zu befürchten hat. Insbesondere muss er in jedem einzelnen Fall dahin belehrt werden, dass ihm auch das Recht zusteht, die Antwort auf eine solche Frage zu verweigern.

Darüber hinaus wird ernstlich zu bedenken sein, dass derartige Fragen leicht geeignet sind, an sehr heikle und schwierige seelische Probleme zu rühren und dadurch Kinder in eine innere Unruhe zu versetzen, ein Vorgehen, das mit den pädagogischen Pflichten eines gewissenhaften Lehrers in keiner Weise in Einklang gebracht werden könnte. Ebenso muss es vermieden werden, dass etwa von Eltern oder Schülern die Fragestellung als eine Kritik des Elternhauses empfunden werde.

Im allgemeinen wird endlich an dem pädagogischen Grundsatz festzuhalten sein, dass die Unterrichtszeit dem Unterricht aus dem betreffenden Lehrgegenstand zu widmen ist und dass abschweifende Fragen über das Privatleben der Schüler zu den allerseltensten und wohlbegründeten Ausnahmen gehören müssen. Die Beobachtung eines pädagogisch völlig einwandfreien Verhaltens in dieser Sache wird somit den beteiligten Lehrpersonen zur ersten Pflicht gemacht. Die Schulleitungen werden angewiesen, in allen Fällen, wo sie bemerken, dass sich einzelne Schüler oder Eltern durch solche Befragung beschwert fühlen, auch wenn diese von der Einbringung einer förmlichen Beschwerde Abstand nehmen, darüber anher zu berichten. Ebenso werden die Organe der Schulaufsicht beauftragt, der Durchführung dieser Anordnungen ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Der Wohnungsnachweis der Stadt Wien. Heute langten beim städtischen Wohnungsnachweis 82 Meldungen ein. Als noch nicht vermietet wurden heute folgende Wohnungen angezeigt: III. Geusaugasse Nr. 39, Tür 7, (zwei Zimmer, Küche und Vorzimmer), III. Geologengasse⁸, Tür 1 (Zimmer und Küche), XII. Wilhelmstrasse Nr. 38, Tür 33 (Kabinett), XVIII. Martinstrasse Nr. 77, Tür 8 (Kabinett), XVIII. Schopenhauerstrasse Nr. 24, Tür 13 (Zimmer und Küche), XXI. Michtnergasse 3 (Kabinett), XXI. Wagramerstrasse Nr. 76, Tür 4 (Küche).